

Die Lage sehr ernst. In Puchhammer ist gestern Streik ausgebrochen. Bitterfeld wird voraussichtlich ebenfalls in den Streik treten.

Eisleben, 24. März, 5 Uhr nachm.

Nach heftigen Kämpfen, die seit gestern abend andauerten und leider auch Opfer forderten, hat sich eine nicht unbeträchtliche Verstärkungstruppe hierher durchgeschlagen. Der Erfolg ist sichtbar. Um 2 Uhr nachmittags erschien die erste Patrouille der Volkstruppen wieder in den Straßen, die in kurzer Zeit von herumlungern den Menschen gefäubert waren. Die neu eingetroffenen Truppen haben eine ganze Anzahl von Arbeitern als Gefangene eingebracht, die ihnen als Spione der roten Armee entgegengeschiedet waren. An dem in der Richtung auf Halle zu gelegenen Stadtteingang hatten die roten Truppen Barrikaden errichtet, die jedoch kein wesentliches Hindernis darstellten. Die Gefangenen wurden sofort zum Aufräumen der Straßen verwendet. Das Gelände östlich von Eisleben ist laut Meldung des „Eislebener Tageblatt“ von roten Banden frei. Der Bahnhof ist den Kommunisten entrissen und von der Schutzpolizei besetzt worden, ebenso ist der im Seminar untergebrachte Teil der Schutzpolizei befreit. Zurzeit wird noch um die Mädchen Volksschule gekämpft, in der gleichfalls einige Abteilungen der Schutzpolizei untergebracht sind. Sonst herrscht in den Straßen völlige Ruhe. Gleichwohl wird mit der Möglichkeit gerechnet, daß der Aufruhr in kommenden Nacht wieder ausflackert.

Halle ohne Licht und Wasser

Halle, 24. März.

Der „Dona“ geht in später Abendstunde die Meldung zu, daß Halle seit heute abend plötzlich ohne Licht und Wasser ist.

In Halle handelt es sich um einen Lohnkampf. Die städtischen Arbeiter hatten dem Magistrat ein Ultimatum gestellt, das gestern mittag abfiel.

Das Druckergebäude des „Klassenkampf“, des kommunistischen Organs in Halle, wurde heute früh von 50 Sicherheitspolizisten besetzt. Die Beamten beschlagnahmten mehrere Plakate zur Herstellung einer Flugchrift, die zum Generalstreik auffordert. Das Flugblatt ist aber trotzdem erschienen.

Die Arbeiter der Sangerhäuser Fabriken haben, wie die „Sangerhäuser Zeitung“ meldet, die Arbeit niedergelegt.

Im Geiseltal greift der Streik weiter um sich. Das Magdeburger Organ der Vereinigten Kommunisten, „Die Tribüne“, ist von der Polizei beschlagnahmt worden.

Die Blutopfer in Hamburg

Hamburg, 24. März.

Nach genaueren Feststellungen hat sich die Zahl der Toten bei den gestrigen Unruhen inzwischen auf 30 erhöht. Etwa 38 Schwerverwundete liegen allein im Hafenkrankenhaus.

Im übrigen herrscht in Hamburg Ruhe. Am Donnerstag ist auf allen Werften gearbeitet worden mit Ausnahme von Blohm u. Böh, der Vulkan- und Deutschen Werft.

Neue Räubereien

Breslau, 24. März.

Drei maskierte Männer drangen heute morgen in den Kassenraum der Märkischen Eisenbahn und raubten unter Vorhalten von Revolvern 84 000 M. Die Täter entkamen unerkannt auf Fahrrädern.

Düsseldorf, 24. März.

Gestern Nacht wurde der Goldschatz der Stationskasse des Bitter Bahnhofs, in dem sich 430 000 M. befanden, erbrochen und die Summe entwendet. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Aufruf der sächsischen Regierung

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

Dresden, 24. März.

Der sächsische Ministerpräsident hat im Namen des Gesamtministeriums folgenden Aufruf erlassen:

In seiner heutigen Sitzung nahm das Gesamtministerium zu den verbrecherischen Gewalttaten der letzten Tage Stellung. Die Regierung ist überzeugt, daß die Anschläge und Gewalttate in Sachsen wie im übrigen Deutschen Reich Einheitslichkeit und Planmäßigkeit des Vorgehens beweisen. Die gesamte Bevölkerung ist sich einig darüber, daß durch solche verbrecherischen Taten Not und Elend nicht beseitigt, sondern verschärft werden.

Die vom Ministerium des Innern bereits am 22. März angeordneten Sicherungsmaßnahmen haben die einmütige Billigung des Gesamtministeriums gefunden. Die weiteren Vorgehensmaßnahmen sind gemeinsam getroffen worden, daß mit den vorhandenen Machtmitteln alles geschehen wird, um weiteren verbrecherischen Anschlägen entgegenzutreten und Schuldige zur Rechenschaft zu ziehen.

Die Bevölkerung wird erlucht, alle notwendig werdenden Maßnahmen der Behörden zu unterstützen.

Narren oder Spizel?

Das Volkstribunal teilt mit: „Durch die übereinstimmenden Beschlüsse mehrerer der am 21. d. Mts. wegen des Attentats auf die Siegessäule festgenommenen Personen ist bisher folgender Sachverhalt festgestellt worden:

In einer R.A.P.D.-Sitzung wurde beschlossen, zur Verherrlichung der revolutionären Bewegung die Siegessäule in die Luft zu sprengen. Etwa zehn Personen hatten sich zu diesem Zweck am Sonnabend, den 12. d. M., abends, in der Volksschen Wohnung, Reutbahn am Wasser 21, verabredet, und dort die Nacht gemeinsam verbracht. Am Sonntag, den 13., früh gegen 4 Uhr, verließen die Beteiligten in kleinen Trupps die Volkssche Wohnung und begaben sich zur Siegessäule. Es gelang, das Tor unbemerkt zu öffnen, worauf einige der Beteiligten gegen 5 Uhr morgens in die Säule einbrachen. Die Eingedrungenen brachten in die Säule die Sprengladung mit Zündschnur an, die übrigen hielten in der Umgebung der Siegesäule Wachen. Auf einen verabredeten Pfiff entzweiten sich sodann sämtliche Teilnehmer nach verschiedenen Richtungen. Das Mithing des Attentats ist lediglich auf das Versagen der Zündschnur zurückzuführen.

Abgesehen vom Ehepaar Wolff bekennen sich sämtliche Festgenommenen als Mitglieder der R. A. P. D. Bei fünf von ihnen sind Mitgliedsarten dieser Partei gefunden worden. Im Interesse der weiteren Aufklärung der Angelegenheit können die Namen der Beteiligten noch nicht veröffentlicht werden.

Trotz dieser schon bestimmter klingenden Mitteilungen ist nicht anzunehmen, daß die R. A. P. D. mit der Angelegenheit als Partei etwas zu schaffen hat. Man muß vielmehr auch jetzt noch daran festhalten, daß nur unorganisierliche Narren oder bezahlte Spizel, auch wenn sie Mitglieder der R. A. P. D. in der Liste trugen, sich an die Ausführung eines solchen Verfallsplans heranzumachen können.

Aber selbst wenn die Mitteilungen des Volkstribunals nicht in allen Einzelheiten stimmen sollten, so bestätigen sie doch aufs neue die Erfahrung, daß es unter den Kommunisten von unsauberen Elementen wimmelt, die die Arbeiter zu sinnlosen Taten aufspüren und damit die ganze Arbeiterbewegung blutigen Flecken. Nicht eindringlich genug kann deshalb gerade jetzt den Arbeitern gesagt werden: Laßt Euch nicht von gewissenlosen und unsauberen Mäulern zu Handlungen mißbrauchen, die Euch als Einzelpersonen wie Eure ganze Klasse auf empfindlichste schädigen müssen!

Berlin, schläfft Du?

Habt acht auf politische Abenteuer und bezahlte Spizel!

In einer Anzahl von Betrieben ist in den letzten Tagen ein Flugblatt verbreitet worden, das die Arbeiter „zur Tat“ aufruft. Es ist gezeichnet von der Allgemeinen Arbeiterunion, von den politischen Räten der Eisenarbeiter, von der kommunistischen Partei Deutschlands und von der kommunistischen Arbeiterjugend.

Der Inhalt des Flugblatts stellt ungefähr einen Spiegel des Blödsinns dar. Die Berliner Arbeiter werden aufgefordert, „die Stunde“ nicht zu verpassen und jetzt den Entscheidungskampf zu führen. „Das Proletariat ganz Deutschlands muß zum Angriff übergehen gegen Dregels, Sipo, gegen Ententebejahung am Rhein und in Schlesien, gegen alle Soldaten des Weltkapitals.“ So heißt es wörtlich; und weiter: „Die Genossen im Reich beginnen schon aufzumarschieren, von Juidau bis Braunschweig reicht bereits die Front; Hamburg, Schlesien, Ruhrgebiet reißen sich an.“ Die Arbeiter sollen während der Feiertage die Betriebe besetzen; denn solange sie in den Betrieben zusammen seien, seien sie kampffähig. Nur aus dem Kampf in den Betrieben könne sich „die Aktion“ entwickeln.

„Wahnwitzige Töne schlägt der „Kampfruf“, das Organ der Allgemeinen Arbeiterunion, an. Das Blatt verlangt von den Kommunisten, daß sie nicht nur Worte brechen, sondern handeln. Wir lesen dort:

„Soll die Arbeiterschaft herbei. Erzwingt sofort um jeden Preis Betriebsversammlungen. Erklärt die Situation. Sagt, daß Ihr bereit seid zum Angriff.“

„Ist das, was die „Rote Fahne“ schreibt und fordert von ihren Anhängern sofortiges Handeln. Entlarzt sie als Schwäger, wollen sie der Schärfe und Härte der Dinge ausweichen.“

„Waffen hin, Waffen her. Verrät es, Euch warten zu lassen, bis jeder eine Waffe hat. Die Waffen werdet Ihr haben, wenn Ihr begonnen habt, zu handeln.“

„Begt die Betriebe in ihm, verlaßt sie nicht, haltet sie bereit.“

„Schafft Euch Aktionsausschüsse.“

„Der Kampf muß von vornherein eingestellt sein auf den Kampf ums Ganze.“

„Glaubt diese Schwäger, daß ernsthaft denkende Arbeiter auf solchen Unsinn hören werden? Meinen sie wirklich, daß die Massen der R. A. P. D. den Kampf gegen die Truppen der Entente und womöglich gegen das Militär der ganzen Welt aufnehmen könnten? Denken sie im Ernst daran, daß eine im Betrieb eingeschlossene Belegschaft den Gang der sozialen Revolution irgendwie beeinflussen könnte?“

„Rein, diese Leute glauben selbst nicht an ihre Parolen. Sie wollen die Arbeiter in sinnlose Wut hineinstechen, damit der Reaktion Gelegenheit gegeben werde, in einem Blutbade größten Ausmaßes die Arbeiterbewegung erlösen zu können.“

Die Arbeiter Berlins schlafen nicht, sie werden die Augen offen halten und jenen Verbrechern und Narren das Handwerk legen, die sie ins Verderben reißen wollen. Die Arbeiter Berlins wissen, daß hinter diesen Parolen nur politische Abenteuer und bezahlte Spizel stehen, und sie werden sich von ihnen nicht provozieren lassen!

Das Mustereemplar eines Spizels

Den Berliner Arbeitern, besonders den Arbeiterräten, ist der Name Herfurth nicht unbekannt. In den ersten Wochen und Monaten der Revolution trat Herfurth als kommunistisches Mitglied des Groß-Berliner Arbeiterrates und des Volksrats hervor. Er gehörte zu den Vertretern der schärfsten Tonart. Später fungierte er auch als „Arbeitslosenrat“. Schon damals fierte hin und wieder das Gerücht durch, daß Herfurth ein Spizel sei. Jedemfalls war es höchst auffällig, daß er, der mit vielen anderen Leuten in Schachhaft genommen wurde, nach kurzer Zeit entlassen wurde, während keine Mitverhafteten weiter drinnen mußten. Als Charakteristikum sei hier noch vermerkt, daß Herfurth während seiner Schachhaft in demselben Briefen an unsere Redaktion uns bat, für seine Freilassung einzutreten. Derselbe Herfurth, der uns vor seiner Haft aufs schärfste belästigte, dieser Herfurth ist nun nach einer Mitteilung der „Kommunistischen Arbeiterzeitung“ endgültig als Spizel entlarzt. Sie schreibt:

„Der ehemalige Genosse Herfurth (Schöneberg) ist als Spizel entlarzt worden. Herfurth ging von der R. A. P. D. zum Bund der Kommunisten, hat regelmäßig im Reichswahlministerium verkehrt und Berichte über die kommunistische Bewegung geliefert.“

Die Arbeiterpresse wird um Nachdruck gebeten! Diese Enthüllung kommt allerdings zu spät, da Herfurth inzwischen aus Berlin verschwunden ist und sich seit langem in der revolutionären Bewegung nicht mehr gemeldet hat. Nicht zu spät ist es aber angesichts des momentanen wieder ausbrechenden Putschsystems, die Naturgeschichte dieses Spizels der Öffentlichkeit zu übergeben. Wie sehr sich Herfurth in das Vertrauen der Arbeiter eingeschlichen hatte, geht daraus hervor, daß trotzdem Herfurth stark der Spizeltätigkeit verdächtig war, ihm immer wieder das Vertrauen ausgesprochen wurde.

Dies seine Naturgeschichte: Nachdem sich Herfurth in seiner Vaterstadt Breslau als Schullehrer unglücklich gemacht hatte, wurde er Redakteur an einer freireligiösen Zeitung in Glogau. Ursprünglich katholisch, wurde er Diktand, dann Prediger der freireligiösen Gemeinde, der er eine Menge Schulden hinterließ. Auch Privatlehramtsstellen hat er hinter sich. Herfurth schloß sich in Glogau der sozialdemokratischen Partei an, wurde dann wieder Katholik. 1914 meldete er sich freiwillig zum Militär und kam 1918 zurück nach Berlin, wo er gleichzeitig Mitglied bei der U. S. P. D. und bei der R. P. D. wurde. Anlässlich der Wahlen zur Nationalversammlung sprach Herfurth als Kommunist in Schöneberg gegen die Wahlen und eine Woche später in einer Mitgliederversammlung der U. S. P. D., Mittendanger Straße, für die Wahlbestimmung. Herfurth wurde dann „Arbeitslosenrat“, wo er die Möglichkeit haben sollte, als „Agitator“ etwas zu leisten.

Diesem Lebensbild ist wenig hinzuzufügen. Es spricht für sich selbst. Es zeigt aber auch die ungeheure Gefahr, die der Arbeiterbewegung droht, wenn derartige Elemente dauernd Einfluß gewinnen. Manche Entscheidung im Groß-Berliner Arbeiterrat ist von Herfurth beeinflusst worden, er konnte monatelang dort eine führende Rolle spielen. Und das Herfurth seine verheerliche Einschätzung seiner Gattung ist, das braucht wohl nicht erst besonders herorgehoben zu werden. Umso mehr ist es bedauerlich, wenn wir den Arbeitern sagen: Seht Euch Eure Leute an!

Seht Euch insbesondere in der gegenwärtigen Situation Eure Leute genau an!

Einkreisung des Ruhrreviers?

W. I. S. meldet anscheinend amtlich: In Ausübung der militärischen Sanktionen befehlen die alliierten Mächte mit einem beträchtlichen und schwer bewaffneten Truppenaufgebot am 8. März Düsseldorf, Duisburg-Ruhrort, Borspoken wurden an die Ortsausgänge vorgelassen. Am 10. März wurde von den Alliierten der Hafenort Walsum, 11 Kilometer nördlich Duisburg, am Tage darauf der Bahnhof Neumühl, 7 Kilometer nordöstlich Duisburg, besetzt. Am 12. März wurden die alliierten Borspoken um Duisburg-Ruhrort 3 bis 6 Kilometer nach Osten bis an Mülheim und Derschhausen vorgelassen.

Überall sind es kleine Abteilungen, die, ohne großes Aufsehen zu erregen, die für allmähliche Einkreisung und Abkürzung wichtigen Punkte im Kohlen- und Zinkrevier in Besitz nehmen. Am 22. März haben die Alliierten den wichtigen Bahnnotenpunkt Osterfeld, 14 Kilometer landeinwärts im unbesetzten deutschen Gebiet besetzt. Sie haben sich dadurch Essen bis auf 10 Kilometer genähert. Nach weiteren Nachrichten scheint auch die Besetzung der Schleuse 7 an der Vereinigung des Dortmund-Ems mit dem Rhein-Herne-Kanal, mehrere Kilometer östlich Osterfeld, geplant zu sein.

Antwort auf die deutsche Note

Die Reparationskommission gibt in ihrer Antwort auf die deutsche Note vom 22. März zu verstehen, daß es nach dem Wortlaut des Versailler Vertrages ihre Sache ist, den Wert der deutschen Lieferungen und Leistungen festzusetzen. Auch entnimmt der Ausschuss demselben Vertrage die Vollmacht, zu beurteilen, welche von den bis auf den heutigen Tag gemachten Lieferungen auf die zwanzig Milliarden Goldmark angerechnet werden können. In keinem Besitze, dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands kein Hindernis entgegenzusetzen, habe der Reparationsausschuss solange als möglich gewartet in der Überzeugung, daß infolge des langgedauerten Rollenwechsels die deutsche Regierung sich bemüht haben würde, die nötigen Maßnahmen zu ergreifen, um getreulich den Verpflichtungen nachzukommen, die ihr der § 236 auferlegt. Erst nach der Feststellung, daß dies nicht in der Absicht der deutschen Regierung liege, machte der Reparationsausschuss von den förmlichen Bestimmungen des Vertrages Gebrauch, indem er von Deutschland die Zahlung der rückständigen 12 Milliarden Goldmark vor dem 1. Mai 1921 und die Zahlung einer Milliarde Goldmark vor dem 22. dieses Monats verlangte.

Auf jeden Fall muß die Gesamtsumme der 20 Milliarden Goldmark des § 235 bis zum 1. Mai 1921 bezahlt sein. Der Wortlaut ist unerbittlich und die Nichterhaltung dieses Artikels bietet, wie überhaupt jeder Verstoß Deutschlands gegen seine Verpflichtungen, die Möglichkeit, Zwangsmaßnahmen nach sich zu ziehen. Nach Erörterung dieser Tatsache stellt es sich heraus, daß die deutsche Regierung dadurch, daß sie das allgemeine Verlangen der Kommission, die Bestimmungen des § 236 auszuführen und vor allem die Zahlung der für den 22. März verlangten Milliarde Goldmark mit einer Verzögerung beantwortet, ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen ist. Infolgedessen hat der Reparationsausschuss in Verfolgung des § 17, Anhang II Teil 8 des Versailler Vertrags beschlossen, diesen Verstoß sofort einer jeden der beteiligten Mächte mitzuteilen.

Der „Leipzig“ bemerkt, daß die Reparationskommission gleichzeitig mit der Überreichung ihrer Antwort an die Vertreter der Kriegslastenkommission an die alliierten Regierungen ein kurzes Schreiben mit der Mitteilung dieses Verstoßes Deutschlands gegen eine der förmlichen Bestimmungen des Versailler Vertrages richtete. Dilem Schreiben ist ein Schriftwechsel beigefügt, der seit dem 26. Februar zwischen dem Reparationsausschuss und der Kriegslastenkommission stattgefunden hat.

Belagerungszustand in Oberschlesien

Die Interalliierte Kommission in Oppeln hat folgende Bekanntmachung erlassen:

„Die Bevölkerung Oberschlesiens hat während der Abstimmungsperiode Ruhe und Ordnung in mühsamer Weise bewahrt. Gewisse Bevölkerungselemente aber haben sich in den östlichen Kreisen zu Ausschreitungen verleben lassen, durch die die Ordnung gefährdet werden konnte. Die Interalliierte Regierungskommission, fest entschlossen, die Ordnung unbedingt aufrecht zu erhalten, verhängt den Belagerungszustand in den Kreisen Beuthen-Stadt, Beuthen-Land, Kattowitz-Stadt, Kattowitz-Land und Bieleh.“

Es ist außerordentlich bedauerlich, daß die Bevölkerung nicht selbst für Ruhe und Ordnung sorgen kann, sondern daß sie erst durch das Militär dazu gezwungen werden muß. Jedenfalls beweist die Verordnung aufs neue, daß die Interalliierte Kommission die ihr zugewiesenen Aufgaben mit größtmöglicher Objektivität zu erfüllen sucht. Es muß das wiederum festgestellt werden, daß von deutscher Seite wiederholt behauptet worden ist, die Interalliierte Kommission begünstige mit ihren Maßnahmen die Polen.

Die bürgerlichen Parteien haben in Gemeinschaft mit den Rechtssozialisten einen Aufruf erlassen, worin sie auf Grund des Ergebnisses der Abstimmung die Forderung erheben, Oberschlesien angeheilt beim Deutschen Reich zu belassen. Die Gegner im Abstimmungskampfe sollten sich die Schuld teilen zum gemeinsamen friedlichen Aufbau und zur Verbesserung des jetzt in zwei feindliche Lager gespaltenen Volkes.

Staatsratswahlen

Der Landtag für die Provinz Sachsen wählte am Mittwoch die Mitglieder zum Staatsrat. Von unserer Partei wurden gewählt der Genosse Schriftleiter Paul Hennig (Halle) und als Stellvertreter der Genosse Bezirkssekretär Wälg Scholz (Erfurt). Ferner wurden gewählt: Dierburg (R. A. P. D.), Hölting (S. P. D.), Trüffel (Dem.), Gruson (D. V. P.) und v. Wilmsdorf (Deutschland).

Der Provinziallandtag von Hessen-Nassau wählte in den preußischen Staatsrat Rechtsanwalt und Stadtrat Dr. Kumpf, Frankfurt a. M. (D. Vpt.), Landeshauptmann a. Ehren aus Kassel (Dnaf.), 2. Bürgermeister Oswald Graef, Frankfurt a. M. (S. P. D.), Stadtrat Wittkopf-Kassel (S. P. D.) und Senatspräsident Dr. Wilhelm Lins, Wiesbaden (Zn.).

Die Senatswahl in Hamburg. Bei der Senatswahl wurden 8 Sozialdemokraten, 3 Demokraten und 3 Rechtsparteiler gewählt. Bisher bestand der Senat aus 9 Sozialdemokraten, 3 Demokraten und 4 Rechtsparteilern.

Anschließung der Deutschen aus Indien. Auf eine im Unterhause gestellte Frage erwiderte der Staatssekretär für Indien, Montague, daß während eines Zeitraumes von fünf Jahren kein Deutscher, welches auch immer seine Beschäftigung sei, in Indien zugelassen werde.

Verweigerung des Antrahs für die Kronstädter Arbeiter. Die Verhandlungen mit den russischen Behörden wegen des Antrahs der Kronstädter Arbeiter dauern an. Der Sowjet-Botschafter erklärte die Verweigerung des Antrahs.

Der türkisch-russische Friedensvertrag. Ein russischer Agent in Rostau meldet, daß am 18. März die russische Sowjetregierung und die russische Nationalregierung einen Friedensvertrag unterzeichnet haben. Die früheren zwischen Russland und der Türkei getroffenen Abkommen werden annulliert, desgleichen die Schulden der Türkei an Russland.

Die neue Einkommensteuer

Nach harten Kämpfen im Steueraussschuß ist am letzten Tage der Beratungen des Reichstags die Novelle zum Einkommensteuergesetz in zweiter und dritter Lesung angenommen worden. Damit wird endlich die Möglichkeit geschaffen, daß das Einkommensteuergesetz, das seine Wirkungen bisher hauptsächlich gegenüber den Steuerabgaben unterliegenden Lohn- und Gehaltsempfängern geäußert hat, auch auf alle übrigen Steuerpflichtigen Anwendung findet.

Die Regierung verfolgte mit der Novelle hauptsächlich die Absicht, die Veranlagung der Nicht-Lohnempfänger anders als bisher zu regeln. Das im Vorjahr beschlossene Gesetz wollte nämlich das dem Steuerjahr vorangegangene Einkommensjahr der Veranlagung zugrunde legen, so daß das Einkommen aus dem Jahre 1920 zweimal zu veranlagen gewesen wäre. Die Regierung schlug in der Novelle statt dessen vor, Steuerjahr und Einkommensjahr derart zusammenzulegen, daß das Einkommen desjenigen Jahres der Veranlagung zugrunde gelegt wird, dessen Ende in das betreffende Steuerjahr fällt. Für das Steuerjahr 1920/21 würde demnach das Einkommen des Kalenderjahres 1920, für das am 1. April beginnende Steuerjahr 1921/22 das Einkommen von 1921 zugrundegelegt sein, womit erreicht wird, daß genau wie bei den Lohn- und Gehaltsempfängern das in dem betreffenden Jahre erzielte Einkommen veranlagt wird.

Gegen diese Absicht liefen die bürgerlichen Parteien heftig Sturm. Sie verlangten statt dessen, daß die Steuer für das Rechnungsjahr 1920 nicht nach dem Einkommen des Kalenderjahres 1920, sondern nach dem viel niedrigeren Durchschnittseinkommen der Jahre 1918 und 1920 zu bemessen sei. Da dies eine unerhörte Bevorzugung aller Nicht-Lohnempfänger bedeutet hätte, haben die Vertreter der Unabhängigen Fraktion im Steueraussschuß sich von Anfang an diesem Verlangen auf Legalisierung der Steuerhinterziehung energisch widersetzt und schließlich auch erreicht, daß die Rechtssozialisten mit ihnen den von der Regierung vorgeschlagenen Weg als den einzig durchführbaren anerkannten. Gegenüber diesem geschlossenen Widerstand sahen sich nach einigem Widerstreben die bürgerlichen Parteien zum Rückzug gezwungen. Sie fürchteten, daß die Durchsetzung ihrer Absichten eine ungeheure politische Erregung hätte auslösen müssen, weil jedermann die Steuerhinterziehung der Besitzenden und ihre Inanspruchnahme durch die bürgerlichen Parteien deutlich erkennt.

Aber indem sie von der Durchsetzung dieser Absicht Abstand nahmen, verzichteten sie durchaus nicht darauf, die Novelle mit anderen Mitteln zu einer weitgehenden Steuerbefreiung der Besitzenden zu benutzen. Sie suchten nur nach Wegen, die diese Absicht nicht so deutlich in die Erscheinung treten ließen. Regierungsapparaten und Deutschnationale waren in diesem Willen zur Steuerbefreiung der Besitzenden durchaus einig. Ihnen gelang es deshalb, zunächst eine Bestimmung durchzusetzen, daß alle einmaligen Einnahmen, große Honorare, Abfindungen, Einnahmen aus außerordentlichen Waldnutzungen usw. anstatt bis zu 50 Prozent nur mit 10 Prozent, Waldnutzungen infolge von Naturkatastrophen sogar nur mit 5 Prozent zu besteuern seien. Diese Bestimmung wäre die Quelle einer außerordentlichen Begünstigung aller Besitzenden geworden und hätte umfangreichen Steuerhinterziehungen die gesetzliche Sanktion verliehen. Beide sozialistische Parteien kämpften deshalb auch gegen diese Bestimmung heftig an und erreichten schließlich, daß die bürgerlichen Parteien im Plenum selber den Antrag auf restlose Streichung dieser Bestimmungen festsetzten, der auch Annahme fand.

Auch für Gewinne aus einzelnen Veräußerungsgeschäften hatten die bürgerlichen Parteien zunächst völlige Steuerfreiheit beschlossen. Auch hier bewirkte der ihnen geleistete Widerstand, daß wenigstens die Gewinne aus einmaligen Spekulationsgeschäften (soweit solche Geschäfte zum Gewerbebetrieb des Steuerpflichtigen gehören) wieder für steuerpflichtig erklärt wurden. Wenn das auch eine Einschränkung der Absichten der bürgerlichen Parteien bedeutet, so ist natürlich nicht zu verkennen, daß durch die Dehnbarkeit der Bestimmung in der Praxis vielfach Umgehungen und Steuerhinterziehungen erfolgen werden.

Auch eine andere Verschlechterung des geltenden Rechts konnte verhindert werden. Im Ausschuss hatten die bürgerlichen Parteien beschlossen, das Einkommen eines Jahres vom Einkommen des nächsten Jahres abziehen zu lassen. In Hundertausenden von Fällen hätten die Besitzenden damit die Möglichkeit gehabt, sich ganz oder zum allergrößten Teil der Steuerzahlung zu entziehen. Im Plenum gelang es, diese Bestimmung zu streichen.

Dagegen setzten die bürgerlichen Parteien es durch, daß eine erhebliche Erweiterung der Abschreibung, die gewerblichen und landwirtschaftlichen Betrieben gestattet sind, beschlossen wurde, ebenso, daß Aufwendungen für die Anschaffung von Kleinwohnungen steuerfrei bleiben. Um diese Bestimmungen wurde im Ausschuss und im Plenum heftig gekämpft. Sie stellen eine völlig ungehörige Bevorzugung der Besitzenden dar und sind volkswirtschaftlich wegen der Tendenz zur Preissteigerung außerordentlich schädlich. Aber alle Einwände halfen nichts. Es gelang lediglich, durchzusetzen, daß diese vermehrten Abschreibungen nicht für Körperschaften, d. h. Aktiengesellschaften usw. Anwendung finden, da diese ohnedies durch das Körperschafts-Steuergesetz nicht bis zu 60, sondern nur bis zu 20 Prozent besteuert werden können.

Ebenso deutlich traten die Absichten der bürgerlichen Parteien auf Bevorzugung der Besitzenden bei dem Versuch hervor, auch Beiträge für politische Vereinigungen für steuerfrei zu erklären. Da damit auch die Subventionen der Schwerindustrie für die reaktionären Parteien steuerfrei geworden wären, so hätte das bedeutet, daß deren Propaganda künftig aus den Mitteln der Steuerzahler besitzten wird. Bezeichnend war, daß sich für diesen Antrag ganz besonders die Demokraten einsetzten.

Während so die bürgerlichen Parteien für ihre Klasse erhebliche Steuerbefreiungen durchzusetzen suchten und teilweise auch erreichten, haben sie aber auch von der Regierung anerkannten Notwendigkeit der Milderung der Steuerlast bei den Lohnempfängern außerordentlichen Widerstand entgegengesetzt. Nur durch den Hinweis auf das außerordentliche Entgegenkommen, das sie z. B. den Arbeitern und den großen Waldbesitzern gezeigt haben, gelang es, die Steuerfreiheit für die Bezüge der Kriegsbeschädigten, die bisher 2000 Mark betrug, auf 8000 Mark heraufzusetzen, während die Regierung 5000 Mark vorgeschlagen hatte. Da während der Regierung 5000 Mark vorgeschlagen hatte. Da während der Regierung gelang es nicht, die Milderungen für die Lohn- und Gehaltsempfänger durchzusetzen, die notwendig sind, wenn man der ungeheuren Geldentwertung Rechnung tragen will. Darüber und über die heftige Gestaltung der Bestimmungen für die Besteuerung der Lohn- und Gehaltsempfänger wird in einem zweiten Artikel berichtet werden.

Die Kommunalisierung des Anschlagwesens

Die Anfrage über die Verurteilung der Direktoren der Elektrizitätswerke

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung erledigte zahlreiche Vorlagen im Eiltempo. Gegen die Erweiterung des Friedhofes in Friedrichsfelde lief der deutschnationale Stadtverordnete Koch Sturm, der in seiner Rede deutlich zu verstehen gab, daß ihm und seiner Kirche städtische Friedhöfe als Konkurrenten im Wege stehen. Es half aber nichts. Die Erweiterung wurde mit Mehrheit beschlossen. Gegen die Kommunalisierung des Anschlagwesens richteten die bürgerlichen Redner nochmals ihre Angriffe. Um den Plan zu durchzuführen, beantragten die Gegner die Einsetzung eines Ausschusses, was gleichbedeutend mit einem Begräbnisse gewesen wäre. Aber die Mühe war umsonst, die sozialistische Mehrheit stimmte der Sache zu.

Eine größere Debatte brachte die Anfrage der deutschen Sozialpartei über die Verurteilung der Direktoren der städtischen Elektrizitätswerke. Stadtrat Schlichting rechtfertigte in eingehender Weise die Maßnahmen des Magistrats, die von den sozialistischen Rednern Leh, A. P. D., Conrad, S. P. D. und Schulz, Ufermann und Deitmer, U. S. P. unterstützt wurden. Dabei kam es zu Auseinandersetzungen mit dem Oberbürgermeister wegen Verteilung der Dejemate. Herr Boeck erklärte, daß er dieses Recht sich von niemand beschränken lasse und es ablehne, sich dieserhalb vor der Versammlung zu verantworten. Diese recht barsch formulierte Erklärung rief lebhaften Unwillen auf der linken Seite des Hauses hervor, was die einzelnen Redner auch zum Ausdruck brachten. Dann ging es schnell dem Ende zu.

Sitzungsbericht

Als erster Punkt der reichhaltigen Tagesordnung der gestrigen Sitzung der Groß-Berliner Stadtverordnetenversammlung wird ein Dringlichkeitsantrag des Zentrums verhandelt. Der Antrag lautet: „Die den höheren privaten Mädchenschulen des Bezirks Köpenick bisher gewährten Zuschüsse werden vom 1. April 1921 ab auch jenen höheren privaten Mädchenschulen Groß-Berlins gewährt, welche von der allgemeinen Ermächtigung des Herrn Ministers für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung Gebrauch machen und den Abban der unteren Klassen erst 1923/24 beenden.“

Waldenberger (Zentrum) plädiert für Annahme des Antrages, weil zahlreiche Privatschulen in eine Zwangslage geraten würden, außerdem würden Lehrkräfte existenzlos werden.

Dr. Womansky (U. S. P.): Nachdem reichsgesetzlich das Grundschulgesetz den Abbau der Vorschulen zur Pflicht gemacht hat, haben wir gar keinen Grund, die prinzipielle Förderung, die wir seit langem aufgestellt haben, nicht durchzuführen. Der Minister hat sich in seinem Nachgeben gegenüber den Vorschulen durch die reaktionären Einflüsse seiner politischen Staatssekretäre bestimmt. Wir haben auch ein immenses Interesse daran, die Vorschulen an den Privatschulen, soweit wir das können, nicht zu dulden. Durch die Vorschulen werden die mittleren Klassen unserer höheren Schulen stark überfüllt und dadurch die Stadt stark belastet. Für die freierwerbenden Privatschullehrkräfte, die qualifiziert sind, werden wir wie für jeden Arbeitslosen nach Möglichkeit sorgen müssen. Das Interesse der rechtsstehenden Parteien für die arbeitslosen werdenden Lehrkräfte ist um so verdächtig, als sie früher die Ausobertung dieser Kräfte stets zugelassen haben.

Geb. (A. R. P. D.) schließt sich den Ausführungen unseres Fraktionsredners an.

Stadtrat Dr. Anders (Dnsl. Sp.) tritt für Annahme des Antrages ein, weil es schwer sein würde, die freierwerbenden Lehrkräfte unterzubringen.

Sennat (Dnsl. Sp.) beantragt, die Vorlage an den Ausschuss zurückzuverweisen.

Dieser Antrag und die Vorlage selbst wird von der geschlossenen Linken abgelehnt.

Annahme folgt die Beratung einer Vorlage betr. den Anlauf von Gelände zur

Erweiterung des Friedhofes in Friedrichsfelde.

Der Ausschuss-Berichterstatter Conrad (S. P. D.) empfiehlt den Verkauf des Terrains bei einer Barzahlung von 1.300.000 M. und Eintragung einer Hypothek für den Verkäufer in der Höhe von 2.500.000 M.

Womansky (U. S. P.): Was etwa an sachlichen Gründen noch steht, ist im Ausschuss so erschöpfend dargelegt worden, daß wir die Vorlage jetzt annehmen können. Die Einigung des Grundstücks wird vom Oberbürgermeister nachgeprüft. Der Preis ist durch telefonische Verhandlung noch um 4 Prozent für Zinsen ermäßigt worden. Es herrscht in Berlin eine Friedhofskalamität, die wir schon aus gesundheitlichen Gründen befehlen müssen.

Koch (Dnsl. Sp.): Meine Freunde lehnen die Vorlage ab. Die städtischen Schulen des Magistrats sind nicht überfüllt, außerdem sind auch die gesetzlichen Vorschriften nicht beachtet worden.

Stadtrat Krebs tritt den Einwänden des deutschnationalen Politikers Koch entgegen und ersucht um Annahme der Vorlage.

Geb. (A. R. P. D.) tritt für den Antrag ein, denn die Industrieländer der Kirche Distanzen gegenüber mache die Anlegung ausreichender Gemeindefriedhöfe unbedingt notwendig.

Conrad (S. P. D.), Hallenstedden (D. Sp.) und Dove (Dem.) treten ebenfalls für die Vorlage ein, die hierauf angenommen wird.

Denin über den freien Handel

D. S. Helfinglers 21. März. Auf dem 10. Kommunischen Parteitag ergreift Lenin aufs neue das Wort zur Frage des Freihandels und erklärt, daß die Durchführung der sozialen Revolution in Rußland nur möglich ist, falls sie von einem industriell entwickelten Lande unterstützt, aber falls eine Behinderung mit der Bauernschaft erzielt werde. Die Bauern seien mit der bisherigen Regierungspolitik unzufrieden. Man müsse zu einer Verständigung gelangen. Die Bauern fordern freien Handel, der ihnen unweigerlich gewährt werden müsse. Aus verschiedenen Gründen sei man bei der Nationalisierung der Betriebe zu weit gegangen. Unter den Führern der kommunistischen Revolution seien viele Phantasten. Dies sei an und für sich nicht schlimm, weil eine Revolution ohne Phantasten undenkbar sei. Man habe landwirtschaftliche Kommunen gegründet, ohne daß die Gründer zu wirtschaften verstanden. Um die Psychologie der Bauern zu verändern, seien Generationen notwendig.

Der Freihandel sei sofort zu verwirklichen, und zwar möglichst mit Hilfe der Genossenschaften. Freilich sei der ganze Apparat der Genossenschaften zertrümmert, teils infolge einer fehlerhaften Politik, teils aus demselben Grund, weil gegen die sozialrevolutionäre und Menschlichen, die im Genossenschaftswesen einfließen würden, getätigt werden mußte. Ob der freie Warenverkehr durch Vermittlung der Genossenschaften oder im Wege des privaten Kleinhandels vor sich gehen werde, könne zunächst nicht endgültig entschieden werden, sondern werde sich erst durch die Praxis klären. Die Kommunisten brauchen nicht zu fürchten, daß das Kleinkapital hierdurch gefährdet werde; sie müssen sich nur darauf hüten, daß die Waren

Es folgt die Beratung der Magistratsvorlage über die Kommunalisierung des Anschlagwesens.

Nach längerer Aussprache wurde beschlossen: „Die Verleumdung ist mit der Übertragung des Betriebes des Anschlagwesens in Berlin an die vom Magistrat zu gründende „Berliner Anschlag- und Kellamwesen G. m. b. H.“ einverhändelt, ferner dem Abschluß des mit der Vorlage vom 15. März vorgelegten Geschäftsvertrages zu, und stellt die erforderlichen Betriebsmittel in Höhe von 300.000 M. aus dem von der Firma Kauf und Hartmann an die Stadt abzuführenden Gewinnanteil zur Verfügung.“

Ein Dringlichkeitsantrag der Kommunisten, der die Rückgängigmachung der Kündigung des Betriebsrats Selt fordert, kam nicht zur Verhandlung, da der Dringlichkeit des Antrages von der Rechten widersprochen wird.

Zu der Vorlage über die

Neuregelung der Gebührenordnungen für die Saupolizei

liegt ein Antrag der Demokraten vor, nach dem die Saupolizei ausschließlich dem Bauamtsamt der Stadt Berlin unterstellt werden und daß an die leitende Stelle eine sachmännlich ausgebildete Persönlichkeit gestellt werden soll. Weiter soll eine Kommission die saupolizeilichen Vorschriften der Zeitzeit entsprechend revidieren. Vorlage und Antrag der Demokraten werden einem Ausschuss überwiesen.

Nach Erledigung einer ganzen Reihe kleiner Anträge werden einzelne Anfragen durch Magistratsvertreter beantwortet.

Die Anfrage über das

Fringslager auf dem Schlachthof

wird von Weiser (A. R. P. D.) begründet. Stadtrat Krause erklärt, daß der Magistrat eigentlich nichts mit der Sache zu tun habe, da die Lagerräume an die Reichs-Rohstoffversorgung vermietet seien, die ihrerseits die Räume an zwei Privatfirmen weitervermietet habe.

Nach kurzer Aussprache wurde der folgende Antrag angenommen: „Um zu verhindern, daß ein weiterer Teil der auf dem Schlachthof und Viehhof sowie auf dem Dörfchen lagernden ca. 100.000 Tonnen Heringe verdirbt, ferner um eine Senkung der sehr hohen Preise für Heringe herbeizuführen, ersucht die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat, sofort bei den zuständigen Behörden Schritte zu unternehmen, um die Heringe schnellstens in den Handel zu bringen.“

Dr. Mathias (D. Sp.) richtet an den Magistrat die Anfrage, wie es mit der Einlösung der Direktoren der städtischen Elektrizitätswerke stehe und wer jetzt die Werke leite.

Stadtrat Schlichting beantwortet diese Anfrage und erklärt eingehend die Entwicklung des Konfliktes. Er stellte fest, daß die Direktoren ihre Verurteilung selbst beantragt hätten, weil sie wegen Rücknahmeregulierung von 20 Arbeitern angeblich um ihre Autorität gekümmert hätten. Es läge eine Ueberbrennung des Autoritätsprinzips vor, das nicht mehr in die heutige Zeit passe. Der Betrieb wird geleitet von den früheren stellvertretenden Direktoren. Sie verließen ihren Dienst zur vollen Zufriedenheit. Seitdem sie die Leitung übernommen haben, ist ein gutes Einvernehmen mit den Arbeitern zu konstatieren. Es wäre wünschenswert, daß dies überall der Fall wäre.

Womansky (U. S. P.): Wie stehen auf dem Standpunkt, daß der Magistrat in allen seinen Maßnahmen das richtige Maß getroffen hat. Die Direktion, die für ihre Autorität kämpfte, hat den schlagenden Beweis erbracht, daß sie sich selbst seiner Autorität fähig konnte. Meine Fraktion steht voll auf dem Boden der Magistratsmaßnahmen.

Geb. (A. R. P. D.) vertritt eine ähnliche Anschauung und übt Kritik an der Aktion gegen Stadtbaurat Hörsien, dem alle möglichen Hindernisse in den Weg gelegt werden wurden. Weiter kritisiert der Redner die Geschäftsverteilung seitens des Oberbürgermeisters.

Oberbürgermeister Boeck: Es ist Recht und Pflicht, auf Grund der Städteordnung nach bester Ueberzeugung die Geschäftsverteilung unter den Magistratsmitgliedern vorzunehmen. Von diesem Rechte werde ich Gebrauch machen und werde es ablehnen, darüber Auskunft zu geben. (Große Unruhe links.)

In der weiteren Debatte protestiert unter dem Beifall der Linken Geb. (A. R. P. D.) gegen die Annahme und den proklamatorischen Ton des Oberbürgermeisters. Der Vorsitzender rügt die Redewendung „Annohnen“ als unparlamentarisch.

Auch Genosse Schulz wendet sich unter lebhaftem Beifall der Linken ebenfalls höchstens gegen das Auftreten des Oberbürgermeisters.

Oberbürgermeister Boeck: Der Vorsitzende hat es als taktlos bezeichnet, daß ich auf Personenfragen eingegangen sei. Ich bedauere es, daß der Ausdruck vom Vorsitzenden nicht gerügt worden ist.

Stadtverordnetenmitglied Dr. Weiser: Ich führe die Verhandlungen nach bestem Wissen und Gewissen und in Gemäßheit der Geschäftsordnung. Der Ausdruck taktlos gehört nach meiner Ueberzeugung in das Gebiet der parlamentarisch unzulässigen. Ich muß den Oberbürgermeister bitten, sich meiner Geschäftsführung zu fügen. (Großer Beifall links, Unruhe rechts.)

Oberbürgermeister Boeck erklärt, daß er nur auf die Rechtsfrage eingegangen sei. Er habe vor, den Vorsitz in der Wortdeputation zu übernehmen.

Genosse Deitmer erklärt in der Zurückstellung Horrens eine Propagation der Stadtverordnetenversammlung, da diese ihn zum Leiter der gesamten städtischen Werke gewählt habe. (Lebhafte Beifall links.)

Nach Erledigung der Debatte und Heinerer Vorlagen wird 9 1/2 Uhr die öffentliche Sitzung geschlossen.

nos. die vor allem das Proletariat schwächt, nicht gar zu lange andauere.

Es werde schwierig sein, den Freihandel durchzuführen, doch sei im Augenblick nicht darüber gestritten worden, wie an diese Aufgabe heranzugehen sei. In dem Sinne, wie die Resolution des 9. Kommunischen Parteitages über die Genossenschaften aufgehoben werden, monach hies dem Verlegungsminister untergeordnet waren, dessen Aufgabe die Durchführung der Veranlagung sei. Das Getriebe soll von nun an den freien Willen der Bauern leben. Die Möglichkeit des freien Verkehrs soll ein Vorzeichen für die Entwicklung der Bauernwirtschaft sein. Es gibt die betreffenden Verhältnisse schon nicht bekanntzugeben, damit sie die neue Saupolizei noch glücklicher durchführen können. Lenin hat bei seinen Ausführungen nur den Freihandel im Innern des Landes im Auge und berührt den Außenhandel nicht.

Uebersichten im Bereich. Zu diesem Artikel in Nr. 13 der „Freiheit“ schreibt uns der Verfasser Genosse Wiesner: In dem Artikel ist bei dem Artikel der Entlassung von Arbeiter I das Wort Durchführbarkeit zu lesen einzufügen. Das könnte in dem Innern des Landes sein. Der dort erwähnte Durchführbarkeit von 55.13 März ist heute durch die Arbeiter pro Wonn und 1921. Der Geschäftsdurchführbarkeit ist nicht. Zu dem Durchführbarkeit kommt für den einzelnen Mann noch das Übergeld und die Arbeitslosenfrage, falls solche gemacht werden.

Wohlfühlmann teilt uns mit, daß er seinen Erholungsurlaub von seinem Arzt bekommen hat und daß er sich auch nicht in der üblichen Behandlung befindet. — Wir stellen dazu fest, daß unsere Bemerkungen in der gestrigen Heftausgabe auf einer Mitteilung beruhen, die Hoffmann selbst einem unserer führenden Genossen im Reichstage gemacht hat.

